Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,700.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile **20 Pf.**
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 270. — **Mittwoch** den 27. September 1882. — **76. Jahrgang.**

Bestellungen auf das vierte Quartal 1882 des
Leipziger Tageblattes
(Auflage 17,500)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 33, gelangen lassen. Außerdem werden von sämmtlichen hiesigen **Zeitungsspediteuren** Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Auswärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind **ohne** Postbeförderung 39 Mark, **mit** Postbeförderung 48 Mark Beilegegebühren unter Vorausbezahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfennige, für Reclamen aus Petitschrift unter dem Redactionsstrich 50 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichniß berechnet, wogegen bei tabellarischem und Ziffer-Satz Berechnung nach höherem Tarif eintritt. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

Das Tageblatt wird früh 6½ Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Mit seiner „Volkswirthschaftlichen Beilage" bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämmtliche wichtige deutsche und überseeische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen **Gewinnlisten** aller Classen der **Königlich Sächsischen Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse der ausgeloosten **Königlich Sächsischen Staatsschuldscheine.**

Leipzig, im September 1882.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Legung von Gasröhren wird der **Johanna-Park** von
Montag, den 25. dss. Mts.
ab bis zur Fertigstellung der Arbeiten für den **gesammten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 23. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Städtische Gewerbeschule.

Die Studien des Winterhalbjahres 1882/83 beginnen
Montag, den 2. October a. c.,
der Tagescursus früh 8 Uhr und der Abendcursus um 7 Uhr.

Anmeldungen zur Aufnahme in die Gewerbschule nach Maßgabe §. 7 der Schulordnung werden vom Unterzeichneten im Schulgebäude, Grimmaischer Steinweg 18, in der Zeit von 11—12 am Sonntage, den 24. September und 1. October c., sowie von 7 bis 8 Uhr Abends am 27., 28. und 29. d. Monats entgegengenommen.

Leipzig, den 21. September 1882.

Der Director:
Rieper.

Bekanntmachung.

Die auf Mittwoch
den 27. September 1882, 10 Uhr Vormittags
im Grundstücke Nr. 21 der Querstraße angezeigte Versteigerung findet nicht daselbst, sondern im **Grundstücke Nr. 30** der Querstraße allhier statt.

Leipzig, den 26. September 1882.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.
Tierbach.

Nichtamtlicher Theil.

Ultramontane Wahltaktik.

Einer der hervorragendsten Führer der Conservativen, Herr von Rauchhaupt, hat dieser Tage in einer Berliner Wählerversammlung einen energischen Appell an das Centrum gerichtet, bei den bevorstehenden Wahlen seine „Ehrenschuld" gegen die Conservativen abzutragen. „Wir werden es uns nicht gefallen lassen, daß die Ultramontanen mit uns spielen. Wir haben ihnen Opfer gebracht und wollen ihnen gern weiter entgegenkommen, aber wir werden auch sehen und es uns merken, wie die Gegenleistung bei den nächsten Wahlen sein wird. Wir wußten genau, daß wir durch unser Verhalten manchen evangelischen Wahlkreis aufs Spiel setzen würden, wir werden ja sehen, ob das Centrum trotzdem mit unseren politischen Gegnern Bündnisse abschließen wird."

Diese Warnung oder Drohung weist auf einen empfindlichen Punct in der Wahltaktik der Ultramontanen hin und wird von der „Germania" mit verlegenen und ausweichenden Redensarten beantwortet. Das Centrum hat bei den letzten Reichstagswahlen ein deutlich wahrnehmbares Doppelspiel gespielt und bei den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen wird es nicht anders sein. Herr Windthorst hat soeben wieder auf dem Parteitag in Köln die entsprechende Parole ausgegeben. Das Centrum unterstützt Jeden, der gewisse kirchliche Zugeständnisse im ultramontanen Sinne macht, mag er in den wirthschaftlichen und socialen Fragen der Zeit und in seinen sonstigen politischen und kirchlichen Grundsätzen auch den entschiedensten Gegensatz gegen den ultramontanen Standpunct bilden. Die Redner und die Presse des Centrums haben bei verschiedenen Gelegenheiten ganz deutliche Vorschriften über die Wahltaktik gegeben. Die ultramontanen Stimmen, wenn solche zur Wahl eines Candidaten der eigenen Partei nicht ausreichen, erhält Derjenige, der kirchenpolitische Garantien giebt, und zwar soll man sich dabei nicht bei allgemeinen Versprechungen und Redensarten beruhigen, sondern ganz bestimmte Verpflichtungen fordern.

Als solche Verpflichtungen wurden vor Kurzem auf einem ultramontanen Parteitag gefordert: die Zustimmung zu dem bekannten, demnächst wieder einzubringenden Antrag Windthorst auf Straflosigkeit des Messelesens und Sacramentespendens und die Abschaffung des geistlichen Gerichtshofs. Im Fortgang der Wahlbewegung wird man ohne Zweifel oft genug erleben, daß diese Forderungen von ultramontaner Seite an die Candidaten anderer Parteien gestellt werden, und es ist bekannt, daß eine gewisse extreme Richtung innerhalb der Fortschrittspartei bereit ist, diese Zugeständnisse zu machen. Hat doch auch Eugen Richter vor Kurzem mit deutlichem Seitenblick nach Hagen sich geneigt erklärt, auf die Anzeigepflicht zu verzichten. Von allen Parteien sind nur als unheilbare Culturkämpfer die Nationalliberalen und die Freiconservativen von jeder ultramontanen Unterstützung ausdrücklich ausgenommen; eine Achterklärung, die für uns eine Anerkennung von größtem Werthe ist. Wenn die Ultramontanen für ihre bei den nächsten Wahlen zu leistende Unterstützung derartige ganz bestimmte Verpflichtungen verlangen und wenn sie voraussichtlich können, solche Zusagen eher von manchen Fortschrittsmännern als von Conservativen, sofern sie nicht auf dem hochkirchlichen Standpunct eines Stöcker stehen, zu empfangen, so ist es ihnen begreiflicher Weise recht peinlich, an eine bereits bestehende Ehrenschuld an die Conservativen erinnert zu werden.

Den Letzteren aber ist allerdings zu rathen, vorsichtig zu sein, daß sie sich nicht durch ihre Nachgiebigkeit gegen die Ultramontanen in der öffentlichen Meinung und den Augen der Wähler compromittiren und dabei noch nicht einmal den vom Centrum erwarteten Preis empfangen. Die gemäßigte und gouvernementale Richtung der Conservativen hat von den Ultramontanen niemals etwas zu hoffen, nur die äußersten Extreme von rechts und links. Wenn das einmal wieder zum klaren Bewußtsein gekommen ist, dann wird auch die Stellung des Centrums in unserm politischen Leben wieder eine natürlichere und gesundere werden.

Leipzig, 27. September 1882.

Als **Wahltermin** wird jetzt von verschiedenen Seiten übereinstimmend der 19. bezw. 26. October angegeben, und man wird an der Richtigkeit dieser Angabe nicht mehr zweifeln dürfen. Möge man nun mit dem Bekanntwerden dieses Termins die Wahlvorbereitungen allerwärts, wo sie noch im Rückstand sind, schleunig zu Ende führen! — Ueber die **Wahlaussichten der Liberalen** wird uns noch aus **Berlin** geschrieben:

Das Bild, welches die Wahlbewegung darbietet, fängt allmälig an, sich zu klären, und man kann bereits mit einiger Sicherheit die Aussicht der verschiedenen Parteien gegeneinander abwägen. Soviel steht fest: es wird den Liberalen ungemein schwer werden, die 100 neuen Mandate, welche sie zu einem vollständigen Siege nöthig zu haben glauben, zu erobern. Natürlich muß ihr Hauptaugenmerk auf die alten Provinzen der preußischen Monarchie gerichtet sein, und da ergiebt denn eine unbefangene Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse, daß mit Aussicht auf Erfolg nur die nachfolgenden Wahlkreise, die bisher völlig oder zum Theil conservativ vertreten waren, in Angriff genommen werden können: in Ostpreußen die Wahlkreise Labiau-Wehlau, Heiligenbeil-Preußisch-Eylau, Rastenburg-Gerdauen-Friedland, Stallupönen-Goldap-Darkehmen und Oletzko-Lyck-Johannisburg; in Westpreußen Stuhm-Marienwerder, in der Provinz Brandenburg West- und Ostprignitz, Ruppin-Templin, Ober- und Niederbarnim, Westhavelland-Zauch-Belzig, Jüterbog-Luckenwalde, Charlottenburg-Teltow-Beeskow-Storkow, Landsberg-Soldin, Königsberg, Guben-Sorau und Cottbus-Spremberg-Kalau; in Pommern Demmin-Anclam-Usedom-Wollin-Ueckermünde, Randow-Greifenhagen, Pyritz-Saatzig und Grimmen-Greifswald, in der Provinz Posen Wirsitz-Bromberg, in der Provinz Schlesien Striegau-Schweidnitz, Waldenburg-Reichenbach, Oels-Wartenberg, Sagan-Sprottau, Hirschberg-Schönau und Lauban-Görlitz, in der Provinz Sachsen endlich Salzwedel-Gardelegen, Osterburg-Stendal, Jerichow I und II, Calbe-Aschersleben, Liebenwerda-Torgau, Bitterfeld-Delitzsch, Schweinitz-Wittenberg, Mansfeld, Sangerhausen-Eckartsberga, Querfurt-Merseburg, Nordhausen und Langensalza-Weißensee-Mühlhausen. Viele von diesen Wahlkreisen sind den Liberalen absolut sicher, andere sind als zweifelhaft zu betrachten, aber wenn sie auch sämmtlich erobert würden, so würde die Zahl der Liberalen doch nur um 77 neue Namen vermehrt werden, und es muß als mehr als fraglich angesehen werden, ob es gelingen wird, in den neuen und den Westprovinzen die noch fehlenden 23 Mandate zu gewinnen. Der beste Bundesgenosse der Liberalen bleibt immer noch das allgemeine Gefühl, daß die Conservativen in einem Grade abgewirthschaftet haben, welcher der Bankerotterklärung gleichkommt, und daß die **Regierung** die gänzlich verfehlte Taktik beobachtet, ohne Programm in den Wahlkampf einzutreten. Wenn sie auf große Erfolge in der inneren Politik zurückblicken könnte, dann hätte eine solche Selbstbescheidung allenfalls noch eine gewisse Berechtigung, obwohl sie auch dann höchst gewagt wäre. Aber von Erfolgen ist in der letzten Reichstagssession und auch anderswo, z. B. in der Kirchenpolitik, nirgends etwas zu entdecken, und es heiße denn doch, der Vertrauensseligkeit der Wähler allzu viel zuzumuthen, wenn sie trotzdem dem Fürsten Bismarck ein Blanket ausstellen sollen, welches beliebig auszufüllen ihm freistände. Am fühlbarsten ist der Rückschlag dieser lahmen Verlegenheitstaktik in der **Beamtenwelt**, die auf die kaiserliche Botschaft verpflichtet sein soll und man als einer genaueren Präcisirung Dessen, was die Regierung will, weder eine agitatorische Thätigkeit entfalten kann noch überhaupt zu einer solchen die Lust hat. Unsere Minister hören und wissen wohl kaum, was zahlreiche und wahrlich nicht die schlechtesten Beamten bis hoch hinauf sagen und denken, wenn sie ihren Bureaux den Rücken gekehrt haben und Vertrauen gegen Vertrauen tauschen dürfen. Wüßten sie es, so würden sie es vielleicht für nicht so ganz paradox halten, wenn der Abg. Windthorst noch in den jüngsten Reichstagsdebatten meinte, die Bureaukratie sei trotz des conservativen Regiments noch immer von „fortschrittlichen" (soll heißen liberalen) Ideen afficirt.

In der Stadt **Köln** sind von liberaler Seite als Landtagscandidaten die Herren Leyendecker (nationalliberal) und Kißler (Fortschritt) aufgestellt und wird auf dieser Grundlage voraussichtlich ein Compromiß zu Stande kommen. In der letzten Legislaturperiode war Köln durch die Abgg. Dr. Reichensperger und Dr. Rödcrath vertreten. In sämmtlichen vorangegangenen Legislaturperioden seit 1866 hatte aber die Stadt liberale Vertreter entsandt, darunter wiederholt Herrn von Rönne. Es erscheint sonach wohl möglich, diesen wichtigen Platz den Ultramontanen wieder zu entreißen.

Das Project eines **Nord-Ostsee-Canals** scheint jetzt in ein Stadium getreten, welches eine baldige definitive Entscheidung erwarten läßt, denn wie das „B. T." erfährt, ist der Chef des Großen Generalstabes aufgefordert worden, in eingehender Weise über die militairische und maritime Wichtigkeit dieses Canals einzuwirken, mit Kostenanschlägen motivirten Bericht zu erstatten, und ist in Folge dessen nunmehr eine aus Mitgliedern des Generalstabes, des Kriegsministeriums und der Admiralität bestehende Commission gebildet worden.

Ein uns vorliegender Brief aus der 26,000 Seelen umfassenden **deutschen Sprachinsel Gottschee** im südlichen **Krain**, hart an der **kroatischen Grenze**, giebt Zeugniß von der schwierigen Lage des dortigen Deutschthums gegenüber dem Andrängen der **Slowenen**. Der betreffende Herr, einer der Stützen der Deutschen da unten, schreibt: „Sie glauben nicht, mit welchen Schwierigkeiten wir gegenwärtig hier zu kämpfen haben. Die überaus erregte Kampfesstimmung der slowenischen Geistlichkeit macht uns das Leben gehörig sauer. Blieben die Herren hübsch bei der Wahrheit, dann wäre das Leben noch leidlich; so aber wird kein Kampfmittel verschmäht. Fälschung statistischer Daten wie bezüglich der Gemeinde Suchen gehören fast zur Tagesordnung. Die Volkszählung vom 31. December 1880 wies in der Gemeinde Suchen 840 Bewohner nach. Ein Lügenartikel in dem Blatte „Das Vaterland" vom 5. August d. J. erwähnt vor dem unkundigen Publicum: es wären daselbst 1100 Slaven gegen etwa 4 deutsche Familien. Der wahre Sachverhalt ist aber der, daß alle Gemeinden im Thale: Suchen, Merleinsrauth und Gehag, fast ausschließlich gottscheerisch, das ist eine deutsche Mundart sprechen, dagegen die Leute in den über eine Stunde entfernten Gemeinden Neuwinkel und Alben, von denen ohnehin wegen der Entfernung die Kinder nicht in die Schule nach Suchen kommen können, überwiegend slowenisch sind. In neuerer Zeit gefällt man sich darin, die Männer, welche die Sprache des Staates, der Regierung, die Sprache der Dynastie unverkürzt erhalten wollen, in arger Verblendung zu verfolgen. **Hier müßte man übrigens einen wahren Vertilgungskrieg nicht scheuen, wollte man das Deutschthum ausrotten.** Ich glaube übrigens, es dürfte bald eine ruhigere Anschauung an die Stelle der Leidenschaft treten. Sie glauben nicht, wie sehr die Slowenen, wo sie frei für die Zukunft ihrer Kinder sorgen können, die Kenntniß der deutschen Weltsprache zu schätzen wissen. Wir sehen dies aus dem Zudrange zum deutschen Gymnasium und zur deutschen Volksschule in Gottschee. Da wir die Ueberzeugung theilen, daß Deutschland und Oesterreich fest zusammenhalten müssen, so begrüßen wir uns als verbündete Brüder und indem ich Sie bitte, allen Gesinnungsgenossen aus dem äußersten Süden herzliche Grüße, Grüße von den Männern an dem Rinnsee, melden zu wollen, füge ich noch bei, daß Sendungen von Büchern, welche natürlich möglichst für unser Volk geeignet sein möchten — politisch wie religiös — womöglich an unseren verehrten Herrn Mitbürger Robert Braune oder an Herrn Peter Jonkitsch erfolgen mögen."

Aus **Prag** wird gemeldet, daß gegen den **deutschen** Pfarrer und Bezirksschul-Inspector Herrn **Marras** in Semlowitz seitens des Prager Erzbischofs die Amtssuspension und Untersuchung eingeleitet worden sei, weil Marras in Bischofteinitz eine czechenfeindliche Rede gehalten und in dieser unter Anderm gesagt habe, „die czechischen Bäume wären bereits mit des Bösen Hilfe bis an den Himmel gewachsen, weshalb die Deutschen Gott inbrünstig bitten müßten, daß er jene mit seinen Blitzen zerschmettere."

In **Brünn** hat die Statthalterei die Bildung eines **deutschen Techniker-Vereins** verboten, weil die vorgelegten Satzungen des Vereins mit schwarz-roth-goldenem Rande versehen waren, welche Farben, wie der Erlaß der Statthalterei ausführt, ein thatsächlich „revolutionaires Abzeichen" seien, das selbst im deutschen Reiche nicht geduldet würde.

Wie aus **Cettinje** gemeldet wird, hat es der bosnisch-herzegowinische Insurgentenführer Stojan Kowatschewitsch, trotz der großen Zahl der österreichischen Truppen in Bosnien und der Herzegowina, verstanden, sich bis jetzt mit seiner Bande in den Schluchten, unfern der montenegrinischen Grenze, aufzuhalten und ist erst vor einigen Tagen auf montenegrinisches Gebiet übergetreten.

Ueber die Lage der **Krönungsangelegenheit** meldet man der „Nat.-Ztg." aus St. **Petersburg**: „Man neigt hier in gut unterrichteten Kreisen der Ansicht zu, daß die Krönung nunmehr in drei oder vier Wochen stattfinden wird. Der Aufenthalt des **Kaisers Alexander** in Moskau wird als eine Art von Probe angesehen, wie tragfähig der Boden in Moskau ist und ob es möglich ist, fremde Fürstlichkeiten zur Feier einzuladen. Der Zar ist in sehr erhöhter Gemüthsverfassung und ungemein ermuthigt aus Moskau zurückgekehrt und man sieht der Erlassung von Einladungen, namentlich nach Berlin und Wien, entgegen. Von anderer Seite will man indessen bezweifeln, ob in so kurzem Termine und zu so später Jahreszeit die Krönungshandlung arrangirt werden kann und spricht von einer Vertagung bis zum Mai 1883."

Die **„Associazione del Progresso"** (Fortschrittsverein) in **Venedig** hat eine große Volksversammlung auf dem Markusplatze ausgeschrieben, welche an die italienische Regierung einen Massenprotest gegen die wegen des Triester Bombenattentats in Italien stattgefundenen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen richten soll.

Aus **Tunis** geht über Genua die telegraphische Meldung ein, daß der Italiener **Meschino**, der in Tunis einen französischen Soldaten entwaffnet und deshalb vom Kriegsgerichte zu einjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt ward, vom Präsidenten der französischen Republik begnadigt worden sei. Die Genueser Journale nehmen diese Nachricht mit großer Befriedigung auf und wollen daraus entnehmen, daß die französische Regierung die freundlichsten Rücksichten gegen Italien übe und Alles vermeiden wolle, was zu einer Trübung des intimen Verhältnisses zwischen den „zwei größten lateinischen Brudernationen" führen könnte.

Die Deputation, welche aus der **Vendée** unter der Führung des Herrn de **Baudry-d'Asson** nach **Frohsdorf** zum Grafen **Chambord** sich begeben hatte, ist Sonnabend nach **Paris** zurückgekehrt. Die Mitglieder der Deputation wissen nicht genug von dem herzlichen Empfange zu erzählen, der ihnen in Frohsdorf bereitet wurde. Nach ihrer Ankunft in Paris erhielt die Deputation vom General de Charette eine Einladung zur Tafel, nach welcher de Baudry-d'Asson einen langen Vortrag über die in Frohsdorf gemachten Wahrnehmungen hielt. Während der Anwesenheit der Deputation bei dem General Charette, war die Umgebung seiner Wohnung, Rue Galilée 19, von Polizeiagenten in Civilkleidung überwacht.

Die **französischen Manöver** sind beendet und die commandirenden Generale haben in den üblichen Tagesbefehlen constatirt, daß die militairische Ausbildung der Truppen fortgeschritten ist. Um so beachtenswerther sind die unbefangenen Urtheile eines Theiles der Presse, in denen die bei den Manövern wahrgenommenen Mängel hervorgehoben werden. So betont der militairische Berichterstatter des „Figaro", daß die Cavallerieregimenter viel zu kleine Effectivbestände aufzuweisen haben. Ebenso sei die Artillerie nur dadurch im Stande, eine größere Anzahl von Geschützen vorzuführen, daß die Bespannung von den verschiedenen Regimentern entliehen werde. Der wirkliche Zustand der Artillerie könne deshalb im Hinblick auf die nur fictive Mobilisirung gar nicht beurtheilt werden. Größeren Beifall findet die Infanterie, deren Regimenter durch die Einreihung der Reservisten einen Bestand von je 2400 Mann aufweisen. Freilich mußten bald in den ersten Tagen sechs bis neun Procent krank oder marode gewordene Mannschaften in Abgang gestellt werden. Von sachverständiger Seite wird deshalb darauf hingewiesen, daß über die wirkliche Beschaffenheit der französischen Armee erst dann Klarheit gewonnen werden könne, wenn für zwei Armeecorps ein wirklicher Mobilisirungsversuch stattgefunden habe. „Mit der Truppenzahl, über die wir verfügen", heißt es, „mit so guten Waffen, wie dem Gewehr Gras und den neuen Geschützen, müssen wir unsere Niederlagen an dem Tage wettmachen können, wo man uns den Krieg erklären wird; wenn aber die Mobilisirung und die Concentrirung der Truppen nicht mit aller berechneten Geschwindigkeit ausgeführt werden, so werden wir besiegt werden, ehe wir uns noch geschlagen haben." Der französische Militair unterbreitet deshalb den Vorschlag, bereits im nächsten Jahre diese partielle Mobilisirung auszuführen. Im Hinblick darauf, daß es vielfach noch an dem erforderlichen Material fehlt, hängt es jedoch nicht blos von der Kriegsverwaltung ab, dem erwähnten Vorschlage zu entsprechen. Vielmehr steht die Entscheidung bei der Budgetcommission, oder vielmehr bei den parlamentarischen Körperschaften, die zunächst die erforderlichen Hilfsmittel bewilligen müssen. Gerühmt wird übrigens die Sorgfalt, mit welcher diesmal die Intendantur ihres Amtes gewaltet hat, während in früheren Jahren gerade die mangelhafte Verpflegung regelmäßig zu berechtigten Klagen Anlaß bot.

Der Erfolg, welchen die **irischen Constabler** schließlich doch bis auf die wenigen Gemaßregelten in der Durchsetzung höherer Ansprüche bei der Regierung gehabt haben, hat auch die Wächter des Kilmainham-Gefängnisses dazu bewogen, bei ihrer vorgesetzten Behörde wegen einer Solderhöhung oder außerordentlichen Belohnung für die anläßlich des Zwangsgesetzes geleisteten Dienste vorstellig zu werden. In der That ist die Aufgabe dieser Beamten seit Erlaß des Zwangsgesetzes keine beneidenswerthe gewesen und ihre Treue gegen die britische Regierung hatte eine starke Probe zu bestehen. Mehr noch als die Constabler gelten sie in den Augen der gefangenen Verdächtigen als die feilen Schergen der Regierung und Verräther der irischen Sache. Das ist für Vollblut-Iren keine schmeichelhafte Lage. Tritt dazu nun noch, wie es in Kilmainham der Fall war, eine vermehrte Arbeitsleistung, so erscheinen die Ansprüche der Beamten nicht unbegründet, und die Regierung würde ihnen gewiß um so lieber näher treten, als Dank der Aufmerksamkeit der Wächter thatsächlich nicht ein einziger Gefangener entkam. Die Gefängnißwächter scheinen indeß aus dem Verhalten der Constabler nicht die einfache Lehre gezogen zu haben, daß sie mit ruhigen Vorstellungen weiter kommen als mit aufrührerischem Trotze, vielmehr benutzen sie die Presse, um ihre Ansprüche geltend zu machen. Das Krakehlen kann der Ire nun einmal nicht lassen. In welcher Weise die Landfrage sich in den Gemüthern festgesetzt hat, so daß sie selbst den Frieden der Familie stört, beweist am Freitag ein Vorfall in Ardfinan bei Cahir. Ein Pächter Namens John Delany, welcher im letzten Herbst wegen Pachtverweigerung von einer Farm vertrieben war, gerieth mit seinem Schwager Thomas Ryan, welchem die Farm damals